

Ach, Philipp, musste das sein?

Der Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor von der CDU ist ein großes politisches Talent, das wird niemand ernsthaft in Frage stellen können. Seine Auftritte im Bundestag sind intelligent, selbstbewusst und häufig allerbeste rhetorische Unterhaltung, sozusagen Popcorn-Kino.

Doch Philipp Amthor hat einen großen Fehler gemacht, als er eine Lobbyisten-Nebentätigkeit für das US-amerikanische IT-Unternehmen Augustus Intelligence eingegangen ist. Nebentätigkeiten sind erlaubt, wenngleich es in meinen Augen einen Unterschied macht, ob jemand eine solche TÄTIGKEIT vor dem Mandat hatte und weiterführt, oder ob jemand eine solche Tätigkeit nach Übernahme eines Parlamentssitzes eingegangen ist. Wenn es dabei um Lobbyarbeit geht, dann hat es ein G'schmäckle. Ob es ein Verstoß gegen die Regeln des Deutschen Bundestags ist, das wird das Präsidium prüfen und gegebenenfalls Konsequenzen daraus ziehen.

Amthor hatte im Herbst 2018 einen Brief an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmeier, einen CDU-Parteifreund, geschrieben und um politische Schützenhilfe für das amerikanische Unternehmen gebeten. So etwas ging schon früher schief, wenn ich an Jürgen Möllemann von der FDP denke. Der hatte mit dem dem offiziellen Briefkopf des Bundesministeriums für Wirtschaft mehreren Handelsunternehmen einen Kunststoffchip empfohlen, der als Pfandmünze bei Einkaufswagen eingesetzt werden sollte. Der Chip wurde – sicher ein Zufall – von der Firma eines angeheirateten Veters Möllemanns vertrieben.

Die Verbindung eines politischen Mandats mit solchem Aktivitäten ist nicht akzeptabel. Auch nicht im Fall Amthor. Immerhin verzichtet er jetzt auf die Kandidatur für das Amt als Landesvorsitzender der CDU Mecklenburg-Vorpommern. Erste Parteifreunde springen ihm nun zur Seite und fordern eine „zweite Chance“ für den 27-Jährigen.

Für meinen Geschmack viel zu früh. Amthor ist jung und intelligent, sicherlich intelligent genug, um gewusst zu haben, dass es nicht richtig ist, was er da macht. Und ich verstehe, dass ein junger Politiker schwach wird, wenn es um Luxusreisen und Champagner-Abende geht. Als Bürger habe ich kein Verständnis für dieses Verhalten eines Volksvertreters.

Vom Rassismus bei der Partnerwahl

Ich habe den Eindruck, so langsam drehen alle durch.

Die *Neue Züricher Zeitung* (NZZ), auch bekannt als das „neue Westfernsehen“, berichtet gerade – wie eigentlich alle wichtigen Medien weltweit – über das Thema Rassismus. Verständlich nach dem tragischen Tod von Herrn Floyd und den folgenden Straßenschlachten. Vor wenigen Tagen widmete sich

die bürgerliche Qualitätszeitung aus der Scheiz der [Frage](#):

Ist Liebe rassistisch?

Allen Ernstes. Nun bin ich ein alter, weißer Mann und obendrein noch ein Romantiker, der grundsätzlich an die große Liebe glaubt. Obwohl ich das Leben eigentlich kennen sollte. Aber mit dieser Frage nach dem Rassismus der Liebe hatte ich mich vorher noch nie beschäftigt.

Die NZZ will tatsächlich herausfinden: Wenn Du weiß bist und noch nie einen dunkelhäutigen Partner hattest - liegt das dann daran, dass Du in rassistischen Denkmustern gefangen bist? Darauf muss man erstmal kommen, oder?

Ich meine, es könnte auch daran liegen, dass - zumindest jetzt noch - die weitaus meisten Bürger in Deutschland helle Haut haben. Und - jetzt halten Sie sich fest - die meisten von ihnen haben Zeit ihres Lebens statistisch nur 5,7 Sexualpartner gehabt. Das fand das Marktforschungsinstitut GfK im vergangenen Jahr heraus. Und weil meine Leser hier nicht nur besonders liebenswert und intelligent sind, sondern auch über einen ausgeprägten Humor verfügen, will ich Ihnen - off topic - eine kleine Information nicht vorenthalten: Es gibt auch beim Geschlechtsverkehr in Deutschland regionale Unterschiede.

Die Hamburger sind dabei mit zehn Sexualpartnern klar die Nummer 1. Auf Platz 2, und das freut mich irgendwie, die Thüringer mit 7,6. Lustiges Völkchen da, nicht nur an der Wahlurne. Auf dem letzten Platz übrigens das Saarland (3,2), ganz schwach auch Brandenburg (4,8). Das tut eigentlich nichts zur Sache, aber ich musste ein wenig dabei schmunzeln, und warum, das sage ich Ihnen ganz sicher nicht. Denken Sie sich Ihren Teil selbst.

Aber zurück zum Rassismus. Wenn die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung weiß ist, warum soll ich dann als Weißer unbedingt eine Partnerin finden müssen, die eine dunkle Hautfarbe hat. Wenn es sich zufällig ergibt, schön. Aber ist das ein gesellschaftliches Thema? Muss man, wenn man zum Speed-Dating geht, demnächst ein Büchlein mit einer Farbpalette dabei haben, um abgleichen zu können, ob man im Trend liegt. Und was ist mit Sexualpraktiken? Gibt es da auch demnächst politisch korrekte Vorgaben? Nach dem Motto: Herr Kelle, Sie hatten in ihrem Leben - sagen wir jetzt mal X - Geschlechtspartner. War da auch ein Homosexueller dabei? Nicht? Dann sind Sie wohl homophob!

Wie zu Beginn erwähnt - dieses Land wird immer seltsamer. Haben wir eigentlich keine anderen Probleme als die Hautfarbe unserer Geschlechtspartner?

„Bento“ macht dicht! Kann wirklich weg!

Vorweg und ganz ehrlich: Um die 16 bald arbeitslosen Redakteure von „Bento“ tut es mir leid, dass sie nun - noch recht jung - wieder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. 2015 vom „Spiegel“ als junger Ableger 2015 gegründet, segelte die kleine Redaktion so erbarmungslos auf dem vermeintlichen Zeitgeist, dass das Experiment nur scheitern konnte. Der Verlag verkündete die Einstellung des Online-Titels und erinnerte zur Sicherheit nochmal: „Bento“ sei als „eigenständiges Nachrichtenportal konzipiert“ worden. Häh?

Ausgerechnet die aus Bremen stammende öffentlich-rechtliche Nervtöle Jan Böhmermann attestierte „Bento“ schon 2017 „banale Texte, die mit Journalismus nichts zu tun hätten“, und das völlig zu recht. Solche harten investigativen Geschichten hatte „Bento“ bis zuletzt am Start:

Diese zwei Studierenden haben ein feministisches Porno-Startup gegründet (16. Mai)
Isabella's Sexpartner hat heimlich das Kondom abgezogen (12. April)
Menstruation ist auch Männersache (29. Februar)

Klar, ein echtes Nachrichtenmagazin, oder? Jedenfalls für die, die nicht die hellsten Kerzen auf dem Kuchen sind. Und doch gab es in der kurzen Geschichte des Online-Magazins ein echtes Highlight, ein Interview mit einer Aktivistin der konservativen *WerteUnion* aus Niedersachsen, eine sehr sympathische, kluge und attraktive junge Frau mit 14.134 Followern auf Twitter. Überschrift:

„So jung, so rechts: Warum die 23-jährige Linnéa in der WerteUnion ist“

Das ist mal ein Thema, an das sich viele der schrumpfenden Mainstream-Medien in Deutschland kaum mehr herantrauen, weil rechts ist ja...huhuhuuuu...ganz doll böse. Und die linksextremen antifa-Schlägertrupps, die Polizisten mit Bierflaschen bewerfen und Autos von AfD-Politikern anzünden, die sind ganz doll lieb.

Und so war es ausgerechnet „Bento“, das mir noch einmal ein Lächeln aufs Gesicht zauberte, als sie Linnéa Findekle in einem Tweet zitierte mit dem Satz: „Deutschland braucht wieder mehr echte [#Männlichkeit](#) und weniger [#Feminismus](#) und [#Gendergaga](#)“

Genau so ist es! Aber leider hat die Redaktion das selbst nicht begriffen, und deshalb gibt es sie demnächst auch nicht mehr. Denn auch beim SPIEGEL muss man auf die Ökonomie achten und kann sich nicht dauerhaft Verluste leisten für ein Magazin, das kein Mensch braucht.

Oliver Welke vom ZDF hat solche Sorgen nicht. Trotz seines wenig geistreichen mainstreamgebügelten wöchentlichen Gelabers wird seine Redaktion auch in 100 Jahren noch sichere Jobs haben. Weil wir ja alle gezwungen werden, seinen Laden zu finanzieren.

56 Prozent lehnen Gendersprech ab - Anne Will zieht es durch

52 Prozent der Frauen in Deutschland lehnen die Einführung der sogenannten „gendergerechten Sprache“ ab. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Meinungsumfrage von Infratest-Dimap im Auftrag der „Welt am Sonntag“. In der Gesamtbevölkerung ist die Ablehnung sogar bei 56 Prozent, die weder Binnen-I, noch Gendersternchen oder ähnlichen Schwachsinn haben wollen. Nur etwa ein Drittel der Deutschen befürwortet das, was Gender-Industrie und hochbezahlte Polit-Talker wie Anne Will (ARD) auf unser aller Kosten betreiben. Feminismus-Aktivisten können sich eine solche Sprachverhuzung natürlich wünschen in einem freien Land, aber dass die Fernsehzuschauer (wie viele gucken sich das eigentlich noch an?) sonntagsabends mit Frau Wills Privatansichten belästigt werden, ist schon ärgerlich.

Die Internet-Medien, für die ich redaktionelle Verantwortung trage, haben deshalb begonnen, der Sprachverhuzung im öffentlichen Raum konsequent entgegenzutreten. Wenn wir den Oberbegriff „Bürger“ verwenden, dann ist klar, dass das alle Frauen und Männer umfasst und Diskriminierungsvorhaltungen absurd sind. Und die Anrede „Liebe Christen“ bei der sonntäglichen Predigt in der Kirche ist auch nicht diskriminierend. Polizeiberichte mit „Polizisten und Polizistinnen im Einsatz“ werden konsequent rückabgewickelt zu „Polizisten“ und die gestrigen Pressemitteilungen der Berliner Polizei, die Demo-Teilnehmer zu „Teilnehmenden“ machen, finden bei uns auch in Zukunft als Teilnehmer statt. Das macht ein bisschen Arbeit, aber das ist es uns wert

Man fragt sich, ob dieses Land nicht andere Sorgen hat als dass sich Politiker und Beamte mit derartigen Belanglosigkeiten, mit politischem Kasperletheater und Symbolpolitik beschäftigen. Möglicherweise ist es aber auch gewollt und strategisch gedacht, eine linksgrüne Agenda zu realisieren, während der Mehrheit der Bevölkerung andere Sorgen hat.

Erst letztens versuchte die linke Seite des Deutschen Bundestags die Beratungspflicht vor einem Schwangerschaftsabbruch auszuhebeln, weil jetzt Corona-Krise sei. Erfreulicherweise scheiterte der Versuch. Aber all das zeigt, wie brandgefährlich unsere Zeit ist. Wenn diese Leute keine Mehrheiten bekommen, dann machen sie es einfach - flankiert von all den Wills und Maischbergers, die für das

verständnisvolle Grundrauschen in der arglosen Bevölkerung sorgen. Und man will ja auch zu den guten Menschen gehören.

Aber irgendwann wachen wir in einer ganz anderen Gesellschaft auf.

Giffey's Schlag ins Gesicht von Unternehmern und Freiberuflern

„Hilfen müssen auch an Maßnahmen zur Geschlechtergerechtigkeit geknüpft werden. Wer Geld vom Staat bekommt, sollte im Gegenzug etwas dafür tun, die Lohnlücke zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu reduzieren, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken oder Frauen in Führungspositionen zu bringen. Wenn ein Unternehmen dafür nichts tun will, dann müssen wir eben sagen: So geht das nicht, dafür gibt es keine Staatshilfe.“

Wenn man sich dieses aktuelle Zitat von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) in Ruhe durch den Kopf gehen lässt, muss man allen Ernstes gleich auch die Frage aufwerfen, was eigentlich die Qualifikation für solche Leute ist, unserer Bundesregierung anzugehören.

In der Corona-Krise hat die Regierung – Bundes- wie Landesregierungen – einen Lockdown durchgesetzt, der die deutsche Wirtschaft weitgehend an die Wand gefahren hat. Vielleicht war das unvermeidlich, kann sein, wenn das Virus so aggressiv ist, wie behauptet wird. Aber dann muss auch JEDES UNTERNEHMEN, das notleidend ist, staatliche Hilfe bekommen, einfach weil es in Not ist.

Was diese kaum noch zu ertragende Ministerin da sagt, ist etwa so, als wenn sie fordern würde: Wenn Ihre Wohnung brennt, rückt die Feuerwehr nur aus, wenn jeder Löschzug aus drei Männern, drei Frauen und einem Transgender besteht. Oder Sie werden zukünftig im Krankenhaus bei einem Notfall nur behandelt, wenn die Klinikleitung vorher sicherstellt, dass die medizinische Behandlung von einer Lesbe mit Migrationshintergrund übernommen wird.

Unser Land hat wirklich ernste Probleme, derzeit größere als sowieso schon. Aber diese linksgrünen Spinnereien sind ein Schlag ins Gesicht all der Unternehmer und Freiberufler, die für sich und ihre Angestellten ums nackte Überleben kämpfen.

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich hier auf denken-erwünscht darum, auch anderen Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Hilfe zum Beispiel über [PAYPAL hier](#)

Zwei Tage danach: Virtueller Grabenkampf in der AfD

In der AfD gib es seit Freitag nur noch ein Thema: Die Annulierung der Mitgliedschaft des rechten „Flügel“-Anführers Andreas Kalbitz durch eine Mehrheit des Bundesvorstands. Wie das jetzt weitergeht, muss die Partei entscheiden. Funktionäre und Abgeordnete berichten von einer Flut von Mails und Anrufen von Mitgliedern, die entweder empört über den „Verrat“ sind, einen „Kameraden“ hängen zu lassen, oder auch enthusiastisch zustimmen, dass ihre Partei nur ohne die völkischen Rechtsausleger eine Chance haben, jemals in Deutschland Politik mitgestalten zu können. Mir wurde glaubhaft von einigen Kreisverbänden erzählt, in denen es nach dem Beschluss vom Freitag sogar Eintritte gab, weil konservative Bürger die AfD ohne Flügel wieder für unterstützenswert halten. Ich will dabei nicht verhehlen, dass ich solche Meldungen bisher nur aus Verbänden in Westdeutschland gehört habe.

Zwei Gedanken dazu:

Ob der Beschluss des Bundesvorstands ausreichend begründet ist oder auf wackeligen Füßen steht, kann ich nicht beurteilen, weil ich die Grundlage der Entscheidung nicht kenne. Letztlich wird das wohl von zivilen Gerichten entschieden werden. Was ich aber wirklich seltsam empfinde, ist ein Interview des AfD-Vorsitzenden Tino Chrupalla gestern Abend in der ARD. Da lobte er die „großen Verdienste“ des nicht mehr AfD-Mitgliedes Kalbitz und kritisierte den Beschluss seines eigenen Bundesvorstandes. Dass er am Freitag mit Nein gestimmt hatte, ist bekannt. Aber dass er zwei Tage später öffentlich seinen eigenen Vorstand für den Beschluss kritisiert und damit auch seinen Co-Vorsitzenden Jörg Meuthen, sorgt gerade für richtig schlechte Stimmung in den Führungszirkeln der Partei.

Und der zweite Punkt: Haben Sie mal im Internet und in den sozialen Netzwerken den ungezügelter Hass gegen den eigenen Vorsitzenden Meuthen zur Kenntnis genommen, den „Verräter“, den man zur Strecke bringen muss? Und die Fotostrecken mit den Köpfen der sieben Vorstandsmitglieder, deren Verrat man nicht vergessen werde – also unverholene Drohungen?

Diese Herrschaften, die nach einer demokratischen Entscheidung den Hass gegen eigene Parteifreunde schüren und widerwärtig hetzen, dürfen in dieser Gesellschaft niemals etwas zu entscheiden haben!

Jetzt mal den Staatshaushalt durchpflügen!

Die staatlichen Anordnungen zur Eindämmung der Corona-Krise haben die deutsche Wirtschaft innerhalb von zehn Wochen auf den Stand nach der Weltfinanzkrise 2008 gebracht. Das ist das nüchterne Fazit,

das der CDU-Politiker Friedrich Merz jetzt in einem Interview mit der [BILD](#) zog. Doch er analysierte nicht nur, er stellte auch klar: Deutschland muss jetzt genau schauen, was es sich in nächster Zeit noch leisten kann. Und es gehe eben nicht nur darum, alles einfach irgendwie am Laufen zu halten, sondern „Spielräume für Innovationen, für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und der Schulen“ zu erhalten. Denn das, „was wir dort erleben, ist streckenweise eine Katastrophe“.

Lieber Friedrich Merz, ich könnte als einfacher politischer Beobachter aus dem Stegreif seitenweise Hinweise darauf geben, wo dieser Staat aus ideologischen Gründen Hunderte Millionen verballert, ohne jeden Sinn und Verstand. Allein die 500 deutschen Gender-Professuren sind an Sinn- und Nutzlosigkeit nicht zu toppen. All die Gleichstellungsbeauftragten, die üppigen Finanzierungen aus unseren Steuermitteln für linksextremistische Netzwerke und Stiftungen. Oder die 7,5 Milliarden Euro für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, die ihrem „Grundauftrag“ zur Unterhaltung intensiv nachkommen (warum eigentlich?) und ihrem Grundauftrag zu seriöser Information und ausgewogener Berichterstattung kaum noch ...da gibt es Sparpotentiale ohne Ende. Und ja, ich weiß, dass das nicht aus dem Bundeshaushalt bezahlt wird, sondern mit Zwangsgebühren. Aber auch dieses Geld würden viele Bürger gern für etwas anderes ausgeben als die Gehälter 25-jähriger Fußball-Millionäre und schwachsinnige Spielshows zu finanzieren.

Aber wissen Sie was? Niemand wird wirklich mit dem Taschenrechner unvoreingenommen daran gehen, zu prüfen, was unser Staat finanzieren muss und was nicht. Wetten?

Linke Schieflage an der Küste: Der Skandal von Schwerin

Die [Wahl](#) einer offenkundigen Linksextremistin zur Verfassungsrichterin in Mecklenburg-Vorpommern ist ein weiterer Tiefpunkt in der traurigen Geschichte der zerbröselnden Wehrhaftigkeit der parlamentarischen Mitte gegenüber den Feinden unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Es ist schon schwer erträglich, dass es einen wachsenden Teil der Bevölkerung gibt, der bereit ist und aktiv daran mitwirkt, die Feinde unserer bürgerlichen Gesellschaft in die Parlamente zu wählen. Aber das muss man hinnehmen als Demokrat, weil es „Wille des Volkes“ ist.

Aber bitte, eine Barbara Borchardt von der Linken, die der „Antikapitalistischen Linken“ angehört – das linke Pendant vom rechten „Flügel“ bei der AfD quasi und vom Verfassungsschutz beobachtet – das kann man sich gar nicht ausdenken. Und SPD und CDU stimmen brav dafür.

Ja, sagen die zur Erklärung, das sei parlamentarischer Usus, so und einvernehmlich zu verfahren. Und ich sage dann: Es ist auch parlamentarisch üblich und sogar in der Geschäftsordnung festgeschrieben, dass jeder Fraktion ein Vizepräsident des Deutschen Bundestages zusteht. Wenn man aber der AfD seit

drei Jahren ihr Recht verweigert, warum dann nicht wenigstens auch Linksextremisten aus unseren obersten Gerichten fernhalten?

Das Geld anderer Menschen...

Es gibt Ereignisse, die wiederholen sich immer und sind sicher vorhersehbar. Zum Beispiel, dass ab Mitte Mai die Gräserpollen fliegen und Millionen Menschen Heuschnupfen bekommen. Oder dass jede Saison der Fußball-Bundesliga automatisch mit der Deutschen Meisterschaft des FC Bayern endet. Das sind so Gesetzmäßigkeiten, auf die kann man sich verlassen.

Deutschland ist in einer schweren Krise durch den Lockdown um das Coronavirus. Die Wirtschaft ächzt und kämpft ums nackte Überleben, so dass die Steuereinnahmen - nach fetten Jahren - in 2020 um zehn Prozent sinken werden. Und das sind 100 Milliarden Euro, die in der (staats-)Kasse fehlen.

Nun meldet sich der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans mit einer überraschenden Idee zu Wort. In einer Zeit, wo es Unternehmen und damit auch vielen Beschäftigten schlecht geht, schlägt er vor, die Steuern zu erhöhen. Na, das ist mal ein Paukenschlag, der unser Land voran bringt. Projekt 10 Prozent läuft.

Wie sagte die beeindruckende frühere Premierministerin Großbritanniens, Margret Thatcher? "Das Problem beim Sozialismus ist, dass Dir irgendwann das Geld anderer Menschen ausgeht..."

„Wir sind das Volk“ - demonstrieren muss erlaubt sein

Wir leben in stürmischen aber auch spannenden Zeiten. Unübersehbar gibt es in Deutschland - nicht erst seit Corona - eine zunehmende Politisierung. Als einer, der seit seinem 16. Lebensjahr politisch denkt und lebt, freut mich das natürlich. Und dass erstmals seit Jahrzehnten viele der hitzigen Debatten in der Gesellschaft nicht von Links angestoßen werden, ist für die demokratische Gesellschaft unzweifelhaft von Vorteil. Und bevor ich wieder eine Flut an Mails auslöse, die mich beschimpfen, weil ich entweder a) zu feige sei, „rechts“ zu schreiben oder b) wohl selbst Nazi sein muss, wenn ich das Mantra der Habecks, Eskens und wie sie alle heißen mit ihren Umgestaltungsplänen nicht ernst nehmen kann.

Am Samstag sind in Deutschland Tausende Bürger auf die Straße gegangen, um gegen die Einschränkung ihrer persönlichen Bewegungsfreiheit durch die Regierung(en) zu protestieren. Das kann

man für unvernünftig halten, weil der Abstand untereinander kaum beachtet wird. Man kann es für übertrieben halten, weil viele im Ausland neidvoll nach Deutschland schauen, das mit den Infektionszahlen weit unter Erwartung rangiert. Aber man kann es auch als legitimen Ausdruck von Unzufriedenheit betrachten. Und wenn es brodelt im Volk und die Unzufriedenheit zu wachsen scheint, was liegt da näher als auf der Straße zu protestieren?

Ich war gestern nicht demonstrieren, und ich fühle mich unwohl, wenn ich manche der Veranstalter betrachte. Aber ich bin unbedingt der Meinung, dass diese Leute das Recht haben, zu demonstrieren. Weil es in einer Demokratie Normalität sein sollte, selbst in Zeiten einer Corona-Krise. Und weil ich die Meldung im WDR gehört habe, dass es Demonstrationen gebe und man befürchten müsse, dass sich Rechtsextremisten und Verschwörungstheoretiker unter die Teilnehmer mischen. Wann werde ich mal hören, dass im öffentlich-rechtlichen Rundfunk bei einer Demo für Klima-Gender-Weltfrieden vor Linksextremisten und Verschwörungstheoretikern gewarnt wird?